

---

## Dokumentation 1

---

### Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1980 (Wahlprüfsteine)

Die Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften ist auf eine umfassende Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer gerichtet. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet die Einheitsgewerkschaft zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt.

Schrittweise Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft werden von den Gewerkschaften auf unterschiedlichen Wegen verfolgt: Einen Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns bildet die direkte Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden. Hier setzen die Gewerkschaften ihre unmittelbaren Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten ein. Ein anderer Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns liegt im politischen Bereich. Hier verfügen die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften lediglich über mittelbare Durchsetzungsmöglichkeiten. Mit ihren Forderungen und Vorschlägen an politische Parteien, Parlamente und Regierungen bringen sie die Arbeitnehmerinteressen in den staatlichen Willensbildungsprozeß ein.

Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl 1980, die sich im wesentlichen auf das Aktionsprogramm des DGB stützen, das im Juni 1979 beschlossen wurde, sollen den Arbeitnehmern helfen, ihre Wahlentscheidung vorzubereiten.

Im Mittelpunkt der Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1976 standen Forderungen zur Vollbeschäftigung, zur sozialen Sicherung, zur Bildungsreform und zur Gleichberechtigung der Frauen. Dazu ist festzustellen:

- Auch wenn die verschiedenen Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitssicherungsprogramme dazu beigetragen haben, Arbeitslosigkeit abzubauen, ist die Vollbeschäftigung nach wie vor nicht erreicht. Die Gewerkschaften stellen sie deshalb erneut an die erste Stelle ihres Forderungskatalogs zur Bundestagswahl 1980.
- Im Bereich der sozialen Sicherung konnten trotz finanzieller Schwierigkeiten negative Entwicklungen weitgehend verhindert und in einigen Bereichen bedeutende Verbesserungen erreicht werden.
- In der Familienpolitik sind mit der Einführung eines Mutterschaftsurlaubs und der Anhebung des Kindergeldes Fortschritte erzielt worden.
- Im Bildungsbereich sind in den letzten Jahren nur bescheidene Verbesserungen durchgesetzt worden, die keineswegs ausreichen, das Recht auf Bildung und eine qualifizierte Berufsausbildung zu verwirklichen.

Die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1980 enthalten ausgewählte Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Erfüllung von hervorragender Bedeutung für die soziale Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Die politischen Parteien sind aufgefordert darzulegen, was sie in der nächsten Legislaturperiode tun wollen, um die Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu erfüllen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet, daß alle Arbeitnehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Er ruft alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, die politischen Parteien und ihre Kandidaten an den Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 1980 zu messen.

### Prüfstein 1:

#### *Frieden, Entspannung und innere Sicherheit*

Die Sicherung des Friedens muß das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein. Frieden und Entspannung sind die wichtigste Voraussetzung für eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft, den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt. Deshalb verurteilt der DGB jede Art von Aggression und unterstützt die Bemühungen um den Abbau der Feindseligkeiten zwischen den Staaten, die Verringerung der weltwirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern und den Aufbau demokratischer Institutionen auf internationaler Ebene.

Der DGB fordert:

- Die Bemühungen um eine gleichgewichtige kontrollierte Abrüstung und Truppenreduzierung in Ost und West müssen verstärkt werden.
- Die Entspannung, Normalisierung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Ost und West müssen fortgesetzt werden.
- Die wirtschaftliche, soziale und politische Integration Europas muß fortgesetzt werden.
- Die wirtschaftliche und soziale Förderung der Entwicklungsländer muß verstärkt werden.

Die innere Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit. Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit muß der Staat aber gewährleisten, daß sich soziale und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der Verfassung ständig vollziehen können.

### Prüfstein 2:

#### *Recht auf Arbeit — Gesicherte Arbeitsplätze*

Die Vollbeschäftigung ist wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern. Ihre Verwirklichung bedarf einer beschäftigungssi-

chernden Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer vorausschauenden Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Die Bildungs- und Forschungspolitik müssen auch eine beschäftigungspolitische Orientierung erhalten.

Deshalb fordert der DGB:

- Die regionale und sektorale Strukturförderung ist von ihren beschäftigungspolitischen Wirkungen abhängig zu machen.
- Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik muß auf die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ausgerichtet sein.
- Rationalisierung und Automation müssen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen. Es ist sicherzustellen, daß nachteilige Folgen für die Arbeitnehmer vermieden werden.
- Benachteiligte Personengruppen müssen mehr Hilfen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungschancen und zur Stabilisierung ihrer Arbeitsverhältnisse erhalten.
- Es ist ein besonderes Programm zum Schutze älterer Arbeitnehmer gegen negative soziale Folgen der Veränderungen in Wirtschaft und Technik zu entwickeln.
- Leiharbeit muß verboten werden.
- Der Kündigungsschutz ist zu verbessern.
- Die Auflösung eines Arbeitsverhältnisses gegen den Willen des betroffenen Arbeitnehmers und seines Betriebs- oder Personalrates darf nur durch ein Gerichtsurteil zulässig sein.
- Die Lohnersatzleistungen und die Anspruchsvoraussetzungen für Umschulungen und berufliche Fortbildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind zu verbessern.
- Die Bundesanstalt für Arbeit ist durch einen Arbeitsmarktbeitrag zu finanzieren, der von allen Erwerbstätigen entsprechend der Höhe ihres Einkommens zu entrichten ist. Der auf die Arbeitnehmer entfallende Beitrag ist zur Hälfte von den Arbeitgebern zu tragen.

**Prüfstein 3:**

*Umweltschutz*

Die Verschmutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt ist aufzuhalten und rückgängig zu machen. Für die Beseitigung von Umweltschäden gilt das Verursacherprinzip.

Der DGB fordert:

- Die Qualität der Luft ist durch Einhaltung medizinisch gesicherter Grenzwerte und Luftreinhaltungspläne zu verbessern.
- Der Verschmutzung der Seen und Gewässer ist durch den verstärkten Bau von Abwasserreinigungsanlagen entgegenzuwirken. Die Finanzierung ist auch durch eine Abwasserabgabe sicherzustellen.
- Der Lärm am Arbeitsplatz und der Verkehrslärm sind durch aktive und passive Schallschutzmaßnahmen und wirksame Planungsrichtwerte zu bekämpfen.
- Verstöße gegen Umweltschutzvorschriften sind streng zu ahnden.

**Prüfstein 4:**

*Energieversorgung*

Eine an der Verbesserung der Lebensqualität orientierte aktive Wachstumspolitik muß durch eine ausreichende Energieversorgung gewährleistet werden. Das erfordert eine in die Gesamtwirtschaft eingebettete energiewirtschaftliche Planung.

Der DGB fordert:

- Umweltfreundliche Energieträger müssen verstärkt erforscht und genutzt werden. Bestehende Energieträger müssen besser genutzt werden. Die Anstrengungen zur Energieeinsparung sind auch durch Wiederverwendung schon benutzter Rohstoffe zu intensivieren.
- Der Einsatz einheimischer Kohle zur Deckung des Strombedarfs ist auszuweiten.
- Auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke kann nach dem heutigen

Erkenntnisstand nicht verzichtet werden. Wenn auf die Verwendung und den weiteren Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten auf Kernenergiebasis gegenwärtig nicht verzichtet werden kann, ist dabei die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbetrieb und bei der Entsorgung zu gewährleisten. Auf die Nutzung von Kernenergie muß verzichtet werden, wenn sich nach einer erneuten gewissenhaften Überprüfung beim Reaktorbetrieb herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Für diesen Fall ist eine internationale Vereinbarung anzustreben. Die Kernenergiewirtschaft muß verpflichtet werden, unverzüglich ein sicheres und wirtschaftliches Entsorgungskonzept vorzulegen, dessen Kosten grundsätzlich nicht die öffentlichen Haushalte belasten dürfen. Eine zeitweilige Zwischenlagerung von Kernbrennstoffen ist vertretbar. Die politischen Instanzen müssen ein Entsorgungskonzept alsbald realisieren.

**Prüfstein 5:**

*Menschengerechte Arbeit*

Es müssen menschengerechte Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Technologische Entwicklungen müssen sozial beherrschbar sein und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen.

Der DGB fordert:

- Die Arbeitnehmer müssen vor arbeitsbedingten Krankheits- und Unfallgefahren geschützt werden. Alle arbeitsbedingten Erkrankungen sind in die gesetzliche Unfallversicherung einzubeziehen. Häufigkeit und Schwere von derartigen Erkrankungen und Unfällen sind zu veröffentlichen und betriebsübergreifend auszuwerten. Die Ursachenforschung ist zu verstärken.
- Gewerbeaufsicht, Technischer Aufwachsdienst und überbetriebliche arbeitsmedizinische Zentren der Berufsgenossenschaften sowie die Arbeitsschutzgesetze sind weiter auszubauen.

- Zur frühzeitigen Erkennung von gesundheitlichen Gefährdungen sind alle neuen Arbeitsstoffe oder entsprechende Arbeitsverfahren unverzüglich einer zentralen Meldestelle anzuzeigen und auf ihre Gesundheitsverträglichkeit hin zu überprüfen.
- Der Handel ist in das Gesetz über technische Arbeitsmittel einzubeziehen.
- Die Regelungen der Arbeitsstättenverordnung müssen auf alle Betriebe und Verwaltungen ausgedehnt werden.

#### Prüfstein 6:

##### *Vermögensverteilung, Steuer- und Finanzpolitik*

Die Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung ist zu beseitigen. Diesem Ziel müssen die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik entsprechen.

Der DGB fordert:

- Jede Vermögensbildung zugunsten der Arbeitnehmer muß überbetrieblich und von den Tarifparteien ausgestaltbar angelegt werden. Betriebliche Investivlohnmodelle und sie begünstigende gesetzliche Vorschriften werden abgelehnt.
- Das Steuersystem muß vereinfacht und sozial gerechter werden und eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen bringen.
- Die Steuer- und Finanzpolitik muß vor allem auf die Finanzierung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben zugeschnitten sein.
- Bund, Länder und Gemeinden werden zu einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik aufgefordert. Eine solche Politik muß ein qualitatives Wachstum bewirken, das gleichermaßen auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensqualität ausgerichtet ist. Dazu sind neue Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und vermehrte öffent-

liche Investitionen und Investitionshilfen zum Ausbau der Infrastruktur notwendig.

— Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar.

#### Prüfstein 7:

##### *Mitbestimmung*

Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben und in der Gesamtwirtschaft muß die politische Demokratie ergänzen.

Deshalb fordert der DGB:

- Die Rechte der Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen sind zu erweitern.
- Betriebs- und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personalen Entscheidungen - einschließlich der Personalplanung, Organisation und" Personalinformationssysteme — mitbestimmen.
- Im Rahmen der Mitbestimmung sind Sonderrechte für leitende Angestellte nicht gerechtfertigt. Die Versuche, Sprecherausschüsse für leitende Angestellte in der Betriebsverfassung zu verankern, müssen abgewehrt werden.
- Alle Großunternehmen müssen Arbeitsdirektoren und paritätisch besetzte Aufsichtsorgane erhalten.
- Volle Mitbestimmung ist auch in Medien-, Wissenschafts-, Bildungs- und Kultureinrichtungen durchzusetzen.
- Auch in den Unternehmen der öffentlichen Hand sind paritätisch besetzte Aufsichtsorgane einzurichten. Die Verantwortlichkeit der parlamentarischen Körperschaften ist zu wahren.
- Die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich ist zu verwirklichen. Dazu sind in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten.

**Prüfstein 8:**

*Arbeits- und Dienstrecht*

Ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch ist zu schaffen. Es muß der Fortentwicklung der Demokratie und des sozialen Rechtsstaates dienen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Tarifvertragsparteien erweitern.

Dazu fordert der DGB:

- Alle noch bestehenden arbeits- und sozialrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind zu beseitigen.
- Für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist ein nach einheitlichen Grundsätzen gestaltetes Personalrecht zu schaffen. Dies darf nicht mehr nach den herkömmlichen Beschäftigungsgruppen in Angestellte, Arbeiter und Beamte unterscheiden.

**Prüfstein 9:**

*Tarifautonomie*

Die Freiheit zum Abschluß von Tarifverträgen für die Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer ist zu sichern und zu erweitern.

Daher fordert der DGB:

- Angriffe auf die Tarifautonomie sind abzuwehren. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Aussperrung mit dem Ziel eines generellen Verbots der Aussperrung.
- Die Tarifvertragsparteien müssen die Möglichkeit haben, Leistungen gemeinsamer Einrichtungen oder sonstige ausdrücklich bezeichnete Leistungen nur tarifgebundenen Arbeitnehmern zu gewähren.

**Prüfstein 10:**

*Bildungsplanung und Berufsbildung*

Die Weiterentwicklung von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, ihre inhaltliche und organisatorische Reform ist eine wesentliche politische Aufgabe für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und für die

Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen.

Daher fordert der DGB:

- Kindern ab 3 Jahren müssen Plätze in Kindergärten oder Kindertagesstätten zur Verfügung stehen.
- Durch mehr Ganztagschulen sind günstigere Lernbedingungen für Schüler aller Schulformen zu schaffen.
- In allen Bundesländern ist die Vollzeitschulpflicht auf elf Jahre unter Einbeziehung eines Berufsgrundbildungsjahres auszudehnen.
- Die integrierte Gesamtschule ist als Regelschule in allen Bundesländern einzuführen.
- Kindern ausländischer Arbeitnehmer ist durch besondere Förderungsmaßnahmen die Teilnahme am normalen Unterricht zu ermöglichen, um auch für sie gleiche Bildungschancen zu schaffen.
- Alle Jugendlichen müssen nach Eignung, Neigung und Zukunftschancen einen qualifizierten Ausbildungsberuf wählen können. Daher ist das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen auszubauen. Die Ausbildung von Mädchen und Frauen in technischen Berufen ist besonders zu fördern.
- Die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben und in den beruflichen Schulen sind zu verbessern und aufeinander abzustimmen. Der theoretische Unterricht ist mindestens um einen zweiten Berufsschultag zu erweitern.
- Eine Verbesserung der Qualität der Berufsbildung sowie die Mitbestimmung der Gewerkschaften sind durch Gesetz und Tarifvertrag anzustreben. Alle Unternehmen und Verwaltungen sind an der Finanzierung der Berufsausbildung zu beteiligen.
- Die Hochschulen müssen ihre Lehre reformieren. Notwendig ist eine Studienreform, die den Studierenden Praxisbezug vermittelt. Bei der Studienreform ist die Mitwirkung der Gewerkschaften zu verstärken.

- Der Anspruch auf berufliche Fortbildung und Umschulung bei Sicherung des bisherigen Lohnes oder Gehaltes muß verwirklicht werden. Die Eingliederungsmaßnahmen für Frauen in das Erwerbsleben sind zu verbessern.
- Der Weiterbildungsbereich muß systematisch ausgebaut werden. Dazu ist ein bezahlter Bildungsurlaub einzuführen.
- Die Lernenden müssen vom 10. Schuljahr an eine ausreichende finanzielle Förderung erhalten.

### Prüfstein 11:

#### *Soziale Sicherheit*

Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf den Schutz der Sozialversicherung. Soziale Sicherheit der Arbeitnehmer und ihrer Familien setzt einen weiteren Ausbau des Systems der sozialen Sicherung voraus.

Der DGB fordert im Bereich der Altersversorgung:

- Jedem ist die Möglichkeit zu geben, mit Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Arbeitsleben auszusteigen.
- Die Altersversorgung muß ausreichen, den erreichten Lebensstandard zu sichern. Die bruttolohnbezogene Rente muß erhalten bleiben.
- Die Grundlagen für die Rentenberechnung in den verschiedenen Altersversorgungssystemen sind fortschrittlich zu harmonisieren.
- Die Rentenansprüche dürfen bei einer vorzeitigen Minderung der Erwerbstätigkeit nicht beeinträchtigt werden.
- Der eigenständige Renten- bzw. Pensionsanspruch der Frau muß ausgebaut werden.
- Bei der Bemessung des Rentenanspruchs sind Zeiten der Kindererziehung und Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen angemessen zu berücksichtigen.

—Das Rentenrecht für Hinterbliebene ist neu zu ordnen. Die Rentenleistungen müssen ausreichen, um den gemeinsam erreichten Lebensstandard auch für den hinterbliebenen Ehepartner zu sichern.

- Die von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Rentenansprüche sind durch internationale Vereinbarungen zu sichern.

Im Bereich der Gesundheitssicherung fordert der DGB:

- Die Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung ist zu beseitigen.
- Die Struktur der gesundheitlichen Versorgung ist zu verbessern. Die Gesundheitsvorsorge und die Krankheitsfrüherkennung sind auszubauen.
- Die Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung ist zu fördern.
- Für gemeinsame Aufgaben der Sozialversicherung sind Arbeitsgemeinschaften zu schaffen. Für Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist ein gemeinsamer und unabhängiger sozialärztlicher Dienst einzurichten.

Der DGB fordert im Bereich der Familienförderung:

- Der Mutterschutz muß verbessert werden. Nach Ablauf der Mutterschutzfrist ist ein Sonderurlaub von 18 Monaten für die Mutter oder den Vater zu gewähren. Hierfür ist ein Entgelt aus öffentlichen Mitteln zu zahlen.
- Für alle Kinder ist ein ausreichendes Kindergeld zu gewähren, das jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßt wird.

### Prüfstein 12:

#### *Miet- und Bodenrecht*

Die Überführung der sozialen Wohnungswirtschaft in ein System der freien Marktwirtschaft muß verhindert werden.

Deshalb fordert der DGB:

- Der soziale Wohnungsbau muß stärker und stetiger als bisher gefördert werden und der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung dienen. Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien sind dabei angemessen zu berücksichtigen.
- Die soziale Bindung öffentlich geförderter Wohnungen muß bestehenbleiben. Der Mieterschutz ist in seiner bewährten Form aufrechtzuerhalten.
- Durch Stadtsanierung, Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldverbesserung und weitere stadtplanerische Maßnahmen sowie den Bau und Betrieb von modernen Systemen des öffentlichen Personennahverkehrs muß die Verschlechterung der Lebensbedingungen in allen Ballungsgebieten verhindert und der Verödung der Innenstädte entgegengewirkt werden. Dies darf aber nicht auf Kosten des ländlichen, strukturschwachen Raumes erfolgen.
- Ein sozialverpflichtetes Bodenrecht muß die Spekulation verhindern.

### Prüfstein 13:

*Presse, Funk und Fernsehen*

Unabhängige Medien müssen eine umfassende und objektive Information gewährleisten.

Der DGB fordert:

- Ein fortschrittliches Presserechtsrahmen-gesetz ist zu erlassen.
- Das öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem ist zu sichern und weiterzuentwickeln.
- Allen Bestrebungen, rein wirtschaftlichen Zwecken dienende Programme zuzulassen, ist entschieden entgegenzutreten.
- Die Programmverantwortung für neue Medien, soweit sie unter den Rundfunkbegriff fallen, ist den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu übertragen. Als Netz-träger für die neuen Medien kommt nur die Deutsche Bundespost in Frage.